

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 67 | April 2013

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

Wir denken und handeln selbständig. 60 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft „Selbständige in der SPD“!

In unserer letzten Ausgabe titelten wir „150 Jahre SPD: 150 Jahre Selbständige in der SPD!“. Das 150-jährige Jubiläum der SPD wird am 17. und 18. August in Berlin gefeiert. Wir, die AGS, haben bereits im April einen Grund zum Feiern: Wir begehen unseren 60. Geburtstag!

Am 18. und 19. April 1953 fand in Essen die Gründungsversammlung der „Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD“ statt. 10 Jahre später wurde sie in „Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)“ umbenannt.

Wir werden also 60 Jahre alt.

Zeit, um geschlossen in die „AG 60 Plus“ überzutreten? Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ihre eigenen Aufgaben zur Zielgruppenarbeit, so wie wir die unseren. Außerdem sind nur ein kleiner Teil der Selbständigen in der SPD schon „so alt“. Ich, zum Beispiel.

Eigentlich sind wir in NRW sogar schon 67 Jahre alt. Denn bereits 1946 organisierten sich selbständige Sozialdemokraten in Köln, u. a. mit Franz Leo Wirtz, unserem im vorigen Jahr leider verstorbenen Ehren-Vorsitzenden. 67 Jahre alt – Zeit also, in Rente zu gehen? Nein, wir werden noch gebraucht:

- Wir arbeiten an Gesetzen mit, die in ihrer fertigen Form viel Beifall finden, z.B. dem Mittelstandsgesetz NRW ([↗](#) „Thomas Eiskirch: Förderung für den Mittelstand“, S. 2)
- Wir begleiten die Diskussion zu Problemen, die Selbständige betreffen ([↗](#) „Insolvenzrechtsreform der Bundesregierung: Schlecht für Gläubiger und Schuldner“, S. 8)
- Wir vertreten die Interessen derer, die sonst keine Stimme haben ([↗](#) Flugblatt „Selbständig? In der SPD?“ zum Download, PDF, 151 kB)
- Wir berichten über Veranstaltungen in Land und Bund zu Themen, für die sich unsere Mitglieder interessieren.

Wir sind nur knapp ein Jahr älter als unser Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Und wir berichten gerne über seine Thesen zur Mittelstandsförderung ([↗](#) „Beinfreiheit für den Mittelstand“, S. 5).

Trotz des hohen Alters nehmen wir noch gerne an Feiern teil (*Bericht in der nächsten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN*), wir vermehren uns sogar noch im fortgeschrittenen Alter von 67 Jahren ([↗](#) „Schermbeck: Von der Gründung einer AGS im Nichts“, S. 3). Auch in diesem Alter sind wir immer noch darum bemüht, unsere Mitglieder und zahlreichen Abonnenten durch unsere AGS:NACHRICHTEN zu informieren. Egal, ob wir als Einzelne 21 oder 91 Jahre alt sind: Wir denken und handeln auch in unserer 67 Jahre jungen AGS selbständig.



In diesem Sinne:

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

Inhalt

seite 1

Wir denken und handeln selbstständig: 60 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft „Selbständige in der SPD“.....1

AGS vor Ort

AGS Bottrop: Thomas Eiskirch zur „Förderung für den Mittelstand“2

AGS Schermbeck: „Im Nirgendwo liegt Gallien“ – von der Gründung einer AGS im Nichts.....3

Mittelstand

„Siegener Thesen“: Steinbrück will „Beinfreiheit für den Mittelstand“5

Kreativwirtschaft

Ralph Brodel zur Gründung eines Verbandes der Kreativwirtschaft: Für „die“ und „das“ fehlt ein „der“!8

Recht

Insolvenzrechtsreform der Bundesregierung: Schlecht für Gläubiger und Schuldner9

Service

Termine, Redaktionsschluss, Impressum10

AGS VOR ORT

Thomas Eiskirch zu Gast bei der AGS Bottrop: Förderung für den Mittelstand



Thomas Eiskirch bei seinem Vortrag

Am 07.03.2013 war MdL Thomas Eiskirch Gast bei der AGS Bottrop, wo er über das neue Mittelstandsgesetz in NRW erläuterte sowie den Katalog an Fördermöglichkeiten für mittelständische Unternehmen referierte.

Mit großem Interesse lauschten die Zuhörer seinen detaillierten wie kompetenten Ausführungen. Auf große Resonanz traf hier vor allem die Einrichtung einer Clearing-Stelle, die – unabhängig vom Gesetzgeber – alle mittelstandsrelevanten Gesetzesentwürfe prüft, bevor sie zur Beratung ins Landeskabinett gehen.

Hierbei wirken die Kammern ebenso mit wie verschiedene Berufsverbände. „Dieses Gesetz ist sehr weitgehend und sehr mittelstandsfreundlich“, so Eiskirch „Das hat so kein anderes Bundesland.“

Im Anschluß an seinen Vortrag nahm Thomas Eiskirch sich die Zeit, auch weitergehende Fragen seiner Zuhörerschaft zu diskutieren, u. a. zur lokalen und regionalen Wirtschaftsförderung in der Emscher-Lippe-Region.

„Herr Eiskirch hat sich als überaus kompetent und auskunftsfreudig erwiesen, er war sicher nicht zum letzten Mal Gast bei der AGS Bottrop!“, sagte Susanne Brefort, die Vorsitzende der AGS.



Die AGS Bottrop veranstaltet regelmäßig informative Abende zu unternehmerrelevanten Themen. Näheres und künftige Termine unter www.ags-bottrop.de



AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.ags-in-nrw.de
Facebook: AGSNRW
Twitter: @agsnrw

AGS VOR ORT

AGS Schermbeck:

„Im Nirgendwo liegt Gallien“ – von der Gründung einer AGS im Nichts



Ralph Brodel, Vorsitzender der neuen AGS Schermbeck

Schermbeck liegt irgendwie irgendwo. Es ist nicht richtig Ruhrgebiet, es ist nicht richtig Niederrhein, und Münsterland ist es auch nicht. Es ist schön – keine Frage! Eine Kleinstadt mit 13.500 Einwohnern. Immerhin. Gemütlich ist es auch und von der CDU regiert sowieso.

Es hat auch einen Klüngel, den man hier aber Seilschaft nennt. Uralt, erprobt, schlicht ein Bollwerk. Selbstverständlich dominiert von den örtlichen Unternehmern. Man kennt sich, man gibt sich, man hat sich eingerichtet.

Die SPD? Knapp 19 %, aber damit schon zweitstärkste Fraktion! Die letzte Bürgermeisterwahl? Knapp 90 % für die CDU. Nein, nein, Schermbeck liegt nicht in Bayern, da wären sie ja froh, sie hätten solche Wahlergebnisse. Ausgerechnet dort eine AGS gründen? Bei den wenigen Einwohnern? Bei dieser CDU-Dominanz?

Wenn nicht dort, wo dann?

Nein, wir sind nicht weltfremd und auch kein kleines gallisches Dorf, das nur mit dubiosen Drogen in einem Zaubertrank einer Übermacht die Stirn

bietet. Zwei durchgeknallte Franzosen haben wir leider auch nicht. Wir haben die AGS Schermbeck trotzdem gründen können. Zugegeben, es waren am Anfang nur Drei. Immerhin aber einer mehr als bei den Galliern! Le voilà!

Warum gerade dort eine AGS gründen?

Vier einfache Gründe: In kleinen Kommunen ist das Verhältnis der Selbstständigen zu den übrigen Erwerbsformen meist grösser als anderswo. Unternehmer finden kaum organisierte Ansprechpartner oder Organisationen, die sich explizit um eine so kleine Kommune kümmern – und wenn, sind das oft nichts anderes als neue Spielformen der alten Seilschaften. Drittens, man fällt direkt auf. Und, vor allem, die heimlichen Könige, Fürsten und ihre Vasallen sind träge, satt und kreisen nur noch um sich selber.

So hatte und hat die Gründung der AGS Schermbeck einen entsprechenden Widerhall in der Presse gefunden, es gibt eine weitaus größere Nachfrage nach unserem Newsletter oder weiteren Treffen etc., und man wird fast überall darauf angesprochen.

Damit haben wir, in der Art und Weise, nicht gerechnet. So gesehen, fühlen wir uns tatsächlich ein wenig wie der kleine und der dicke Gallier, die nur Angst haben, dass Ihnen der Himmel auf den Kopf fällt.

Es macht mehr als Mut, wir denken, es ist auch eine Blaupause für uns alle, die wir in der AGS oder in der SPD auf dem Land leben, oder überall da, wo man scheinbar nur ein kleines gallisches Dorf im Nirgendwo ist. Wir in Schermbeck haben also doch einen Zaubertrank gefunden.

AGS VOR ORT

Die geheimen Ingredientien stammen nur nicht aus einem Zauberwald, wo merkwürdige bärtige alte Zottel in Bäumen hängen. Nein, Bärte haben wir nicht und goldene Sichel auch nicht. Die Zutaten sind so simpel, dass man sich eigentlich kaum traut, sie aufzuschreiben: Ein bisschen Mut, ein bisschen Tatkraft und eine gehörige Portion Selbstbewusstsein. Vor allem Letzteres.

Wir wissen, dass wir einer Bewegung angehören, die seit 150 Jahren in diesem Land definiert und vorlebt, was Fortschritt ist. Wir waren und sind die Speerspitze von notwendigen Veränderungen, und wir standen immer dort, wo Menschen alleine und ohne Unterstützung waren. Kurz, wo wir sind ist Vorne. Zugegeben, es ist verkürzt, es gibt Ausnahmen, die allerdings nur die Regel bestätigen. Diese Überzeugung, diese Historie ist für uns in Schermbeck die Basis für unser Selbstbewusstsein. Das spüren die Menschen um uns herum. Das ist die Basis für den Zaubertrank. Einfach an sich glauben.

Als PR-Berater und Unternehmer weiß ich, dass dieser Glaube nicht alles ist. Aber eines weiß ich auch: ohne diese Selbstüberzeugung, ist alles andere nichts. Wer führen will, wer Richtungen aufzeigen will, muss klar und deutlich sagen: Ich führe, weil ich weiß, wo vorne ist!

Die Richtung für dieses Vorne werden wir jetzt mit einer Fragebogenaktion näher definieren. Sehr simpel gestrickt, nur eine Seite lang und weit weg von professionellen Frageunterschieden, werden wir persönlich bei allen Unternehmern in Schermbeck

vorstellig werden. Das sind, für bislang 3 AGSler, verdammt viele. Die Zahlen schwanken. Geschätzt werden zwischen 500 und 1500 Unternehmer und Selbstständige.

Danach kennt uns aber jeder und wir wissen genauer, welche Probleme in der Prioritätenliste ganz oben stehen, und mit was wir dann nach Vorne gehen werden.

Und dann?

Dann machen wir die Tore unseres kleinen Dorfes auf, schlagen alle Römer und sammeln die Helme auf. Das macht nicht nur Spass, sondern ist dringend notwendig. Ach so, klar, am Ende setzen wir uns hin, schlachten ein Wildschwein (gibts bei uns in Massen) und betrinken uns. Nur einen Sänger müssen wir nicht fesseln. Bei uns kann keiner singen. <



Hinten v.l.n.r.: Joachim van Aken (AGS Schermbeck, Rechtsanwalt), Wilhelm Trippe (UB Niederrhein), Michael Henke (AGSNRW). Vorne v.l.n.r.: Ralph Brodel (AGS Schermbeck, PR-Berater), Jörg Pachura (AGS Schermbeck, Immobilienmakler), Jörg Juppieri (SPD Schermbeck).

Ralph Brodel, Vorsitzender der neuen AGS Schermbeck, hat noch weitere Pläne – siehe dazu seinen Artikel „Gedanken zur Gründung eines Verbandes der Kreativwirtschaft: Für ‚die‘ und ‚das‘ fehlt ein ‚der‘“ auf Seite 8!

MITTELSTAND

„Siegener Thesen“:

Steinbrück will „Beinfreiheit für den Mittelstand“



© Peer Steinbrück

Wirtschaft und Finanzen – davon versteht er was, der Peer! Das wissen auch die IHKs zu schätzen, die er bisher besucht hat. In Siegen hat er nun auf dem Jahresempfang der dortigen IHK seine „Siegener Thesen – Politik für den deutschen Mittelstand“ vorgestellt.

Es sind, wie immer, klare Worte, die Steinbrück zur Lösung von Problemen findet. Mit ihm gibt es kein Abtauchen vor Entscheidungen, kein Lavieren und Aussitzen. Und das kommt an, nicht nur bei den Gästen der IHK. Peer fordert von der Politik Verlässlichkeit, etwas, was man von CDU/FDP und der Kanzlerin nicht kennt.

Steinbrück verweist auf Ludwig Erhard: „Das Fußballspiel folgt bestimmten Regeln, und diese stehen von vornherein fest. Was ich mit einer marktwirtschaftlichen Politik anstrebe, das ist [...] die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufzustellen.“ Und genau diese Aussage kann Peer der Regierung vorhalten: „Bei der Regierung Merkel steht nichts fest, weder vor noch während des Spiels. Ob Energiepolitik, Steuerpolitik, Europapolitik – die schwarz-gelbe

Regierung untergräbt Planungssicherheit, sie ist selbst zum Risikofaktor geworden. Der Mittelstand ist verunsichert. Investitionen und Innovationen gehen zurück.“

Steinbrücks **Siegener Thesen** sollen Spielregeln für den Mittelstand sein. Sie sollen dem Mittelstand verlässliche Grundlagen geben, um wieder zu investieren, zu wachsen und gute Arbeit- und Aufstiegschancen zu schaffen. Den ausführlicheren Text liefert das Willy-Brandt-Haus, hier eine Zusammenfassung:

1. DER MITTELSTAND BRAUCHT POLITIK FÜR REALE WERTSCHÖPFUNG

Das Finanzsystem muss der realen Wertschöpfung dienen. Wertabschöpfung durch Spekulation gehört ein Riegel vorgeschoben.

Dazu will Steinbrück:

- ein Trennbankensystem,
- eine Stärkung der Genossenschaftsbanken und Sparkassen,
- Verbesserungen bei der Umsetzung von Basel III. Ziel: Sicherung der Kreditversorgung des Mittelstands,
- einen Bankenrettungsfonds, bezahlt durch die Finanzbranche,
- eine Finanzmarkttransaktionssteuer zur Beteiligung des Finanzmarktsektors an den Kosten der Krise,
- die Stärkung von alternativen Finanzierungsmodellen.

2. DER MITTELSTAND BRAUCHT WACHSTUMSPERSPEKTIVEN

Die Besteuerung der Unternehmen muss zugleich unternehmerische In-

MITTELSTAND

vestitionsspielräume sicherstellen und für eine solide Finanzierung des Staates sorgen. Die sich ergebenden steuerlichen Mehreinnahmen müssen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur genutzt und zum Schuldenabbau verwendet werden.

Dazu will Steinbrück:

- Fehlanreize in der Besteuerung korrigieren,
- vermeiden, dass Unternehmensbesteuerung die Eigenkapitalbildung und Investitionsspielräume gefährden,
- dass Betriebsübergänge nicht durch die Erbschaftsteuer gefährdet werden,
- den Erfindergeist und die Innovationskraft des Mittelstands neu beleben.

3. DER MITTELSTAND BRAUCHT FACHKRÄFTE

Die duale Ausbildung ist ein Standortvorteil, um den uns die Welt beneidet. Der Mittelstand trägt 80 % dieser Ausbildungsleistung. Allein das Handwerk bietet 130 Ausbildungsgänge. Dieses Ausbildungssystem ist einer der wesentlichen Schlüssel zur Fachkräftesicherung im demographischen Wandel.

Dazu will Steinbrück:

- das erfolgreiche System der dualen beruflichen Erstausbildung stärken,
- einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses und auf einen Ausbildungsplatz einführen,
- Förderung innovativer Bildungskonzepte von Mittelstand und Bil-

dungsträgern,

- eine systematische Verschränkung der Berufsausbildung mit der Hochschulbildung,
- eine höhere Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen,
- gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Arbeit,
- mehr und bessere Kinderbetreuungsangebote,
- die Abschaffung des Betreuungsgeldes zu Gunsten des Kita-Ausbaus,
- mehr und gezielte Zuwanderung von Fachkräften,
- eine schnellere und unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen und Studienabschlüssen,
- das Angebot einer doppelten Staatsbürgerschaft.

4. DER MITTELSTAND BRAUCHT SOZIALE PARTNERSCHAFT

Soziale Partnerschaft ist ein echter deutscher Standortvorteil. Die Verlängerung der Kurzarbeit in der Krise war ein weltweit bewundertes Beispiel von funktionierender Sozialpartnerschaft zum Wohle der ganzen Volkswirtschaft.

Dazu will Steinbrück:

- anständige Bezahlung,
- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

5. DER MITTELSTAND BRAUCHT EINE MODERNE INFRASTRUKTUR

Die großen Infrastrukturnetze – Verkehr, Kommunikation, Energie – sind die Lebensadern unserer Volkswirtschaft, doch sie verkalken seit Jahren.

Dazu will Steinbrück:

- dass öffentliche Investitionsmittel sinnvoll priorisiert werden. (Erhalt vor Neubau),
- ein verkehrsträgerübergreifendes nationales Verkehrswege-Programm, in das 80 % der Neu- und Ausbaumittel fließen,
- verbesserte Breitbandversorgung.

6. DER MITTELSTAND BRAUCHT SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE

Allein im letzten Jahr sind die Stromkosten für Mittelständler um 13 % gestiegen. In Frankreich, USA oder China bezahlen Unternehmen die Hälfte für ihre Energie. Das ist ein dramatischer Wettbewerbsnachteil für unsere Wirtschaft – gerade in energieintensiven Branchen, wo Energiekosten teilweise bis zu zwei Drittel der Kosten ausmachen.

Dazu will Steinbrück:

- die Stromsteuer senken, das EEG novellieren,
- die EEG-Umlagebefreiung auf die Unternehmen beschränken, die tatsächlich in einem energieintensiven und internationalen Wettbewerb stehen,
- einen Masterplan Energiewende, der alle Beteiligten an einen Tisch bringt und Planungs- und Investitionssicherheit wiederherstellt,
- die vier großen Übertragungsnetzbetreiber in eine Deutsche Netz AG zusammenfassen, bei der der Bund mitfinanziert und mitentscheidet,
- die Mittel zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich auf 2 Mrd. EUR erhöhen,

MITTELSTAND

- die Energieeffizienzberatung für Mittelständler ausbauen und
- die Vergabe vereinfachen.

7. DER MITTELSTAND BRAUCHT BEINFREIHEIT

Unternehmergeist braucht Freiraum. Der wird insbesondere für Gründerinnen und Gründer und für kleine Unternehmen durch zu viel Bürokratie bedroht. Die Bundeskanzlerin hatte ursprünglich angekündigt, dass ihre Regierung dafür sorgen werde, die Bürokratiekosten für Unternehmen um 25% zu reduzieren. Das Thema hatte sie zur Chefsache in ihrem Bundeskanzleramt erklärt. Dieses Ziel verfehlt ihre Regierung deutlich. Der Normenkontrollrat geht für 2012 sogar von einem Kostenanstieg aus.

Dazu will Steinbrück:

- Verkürzung der Aufbewahrungspflichten für Rechnungen und Belege,
- Anhebung der Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer,
- einen Kulturwandel im öffentlichen Sektor.

8. DER MITTELSTAND BRAUCHT EIN STARKES EUROPA

Ein starkes Europa ist wirtschaftliche Notwendigkeit und zivilisatorische Verantwortung zugleich. Insbesondere der Mittelstand hat von der europäischen Einigung profitiert. Unser Exportvolumen ist seit 2002 um 50% gewachsen, davon gehen 60% in die EU. Das heißt im Umkehrschluss: Ohne Wachstumsperspektive für Europa sieht es auch für unsere Wirtschafts-



© Peer Steinbrück

chancen und unseren Wohlstand auf Dauer düster aus.

Dazu will Steinbrück:

- eine gemeinsame Industriestrategie von Forschung und Energieversorgung hin zu Regionalclustern und Leitmärkten,
- Faire Spielregeln für unsere vernetzten Volkswirtschaften,
- dass ein Teil des nationalen Aufkommens einer Finanztransaktionssteuer gezielt in Bildung und Infrastruktur investiert und zur Einhaltung der Schuldenbremse im Sinne der Generationengerechtigkeit genutzt wird.

(Quelle: Presseerklärung des SPD-Parteivorstandes vom 4.03.2013)

KREATIVWIRTSCHAFT

Gedanken zur Gründung eines Verbandes der Kreativwirtschaft: Für „die“ und „das“ fehlt ein „der“!

Noch ein Verband? Warum das denn? Die Frage ist so berechtigt, wie sie schon in der Antwort steckt. Deutschland ist Verbandsland. Es gibt hier für jeden Sch... einen Verband. Und manchmal sogar einen Dachverband, damit man nicht den Überblick verliert. Natürlich gibt es Verbände, die braucht niemand. Die meisten aber spielen eine wichtige Rolle. Sie sind Vermittler und Anreger, sind Plattform und Interessenvertretung und sie sind geborene Ansprechpartner für Politik und Verwaltung.

Und da fängt für viele aus Politik und Verwaltung das Problem an. Sie werben zwar mit der ständig wachsenden Kreativwirtschaft, finden aber keine „geborenen“ Ansprechpartner für „die“ Kreativwirtschaft. Umgekehrt kann „die“ Kreativwirtschaft auch kaum Gehör finden, da sie nicht „das“ Sprachrohr hat. Es fehlt für „die“ und „das“, ein „der“-Verband.

Jede große, ernst zu nehmende Branche bündelt ihre Interessen über einen Verband, betreibt klare Interessenvertretung, ist Ansprechpartner und, wenn es sehr gut geht, Innovator für die eigene Branchenpolitik. So setzen VDI, VCI und VDA nicht nur Themen, sondern bringen Politik und Verwaltung auch in Stimmung. In Stimmung, sich mit organisiert vorgetragenen Ideen auseinander zu setzen, da dahinter organisierte Menschen stehen. Für diesen Vorteil könnte der Autor jetzt auch die Geschichte der Arbeiterbewegung bemühen, lässt er aber.



Kreativ aber ganz alleine: die Kreativwirtschaft ist vereinzelt.

Nichts desto trotz gleicht die Situation der Kreativ„arbeiter“ heute der Situation der Arbeiter damals. Rund 90% aller Beschäftigten sind Einzelunternehmen oder arbeiten in Unternehmen mit bis zu 10 Angestellten. Es ist also eine Vereinzeltbranche, ohne große Player, ohne große Namen. Und weil wir kreativ sind, haben wir es auch nicht so mit dem Organisieren. Da sind wir viel zu individuell. Wo aber keine starke Organisation als Schutzschild und Speerspitze fungiert, ist der Einzelne auf verlorenem Posten. Da helfen auch keine Zahlen zur eigenen Wichtigkeit mehr.

Tatsächlich erzielte unsere Branche 2008 bereits eine Bruttowertschöpfung von 63 Mrd. Euro und einen Umsatz von 132 Mrd. Euro. So die Studie des Bundeswirtschaftsministeriums. Demnach sind auch rund 238.000 Unternehmen mit knapp einer Million Erwerbstätigen inzwischen in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig. Damit ist man fast auf Augenhöhe mit der Automobilwirtschaft und ihrem mächtigen Verband. Doch die Automobilisten haben einen Vorteil – sie sind nicht so stark zergliedert.

Nach der 2009 zwischen Bundesregierung und Bundesländern gefundenen Definition, gelten folgende Kernbereiche zur Kultur-, und Kreativwirt-

schaft: Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Markt für darstellende Künste, Designwirtschaft, Architekturmarkt, Pressemarkt, Werbemarkt sowie Software/Games-Industrie.



Diskussionsrunde zur Kreativwirtschaft auf der C'n'B 2011

Die Aufzählung der sehr unterschiedlichen Branchen macht natürlich wenig Mut, alle unter einen Hut zu bekommen. Es ist wie die Quadratur des Kreises. Nur, so meine Überzeugung, wenn der Kreis nicht ins Quadrat passt, ist es sehr leicht, ihn nur als Spielball zu nehmen. Dazu sollten wir keine Lust haben. Dafür sind wir zu wichtig. Ausserdem bekommt beständig blaue Flecken.

Wer auch keine blauen Flecke mehr möchte, soll sich bei mir melden:

➔ R.Brodel@I-Deer.de

Betreff: Blaue Flecken

RECHT

Insolvenzrechtsreform der Bundesregierung: Schlecht für Gläubiger und Schuldner

Ein gutes Insolvenzrecht soll Ausgleich schaffen zwischen den Interessen der Gläubiger und Schuldner. Ein besonderes Ziel einer Reform sollte die Veränderung der Insolvenz-„Kultur“ in Deutschland sein, die AGS:NACHRICHTEN berichteten mehrmals darüber. Insolvenz darf nicht dazu führen, das (gerade Gründer-) Unternehmen für alle Zeit stigmatisiert und vom Markt ausgeschlossen werden.

Von privaten Insolvenzverfahren ist der Handel und das Handwerk in besonderer Weise betroffen. Zur Zeit plant die Bundesregierung wieder einmal eine Veränderung des Insolvenzrechts. Von Verbesserung kann kaum die Rede sein. Hierzu zwei Beiträge:

Handwerk kritisiert im Deutschen Handwerksblatt die Bundesregierung

Quelle: Deutsches Handwerksblatt online

Die Bundesregierung sollte angesichts der zweifelhaften Effekte von der geplanten Reform des Insolvenzrechts Abstand nehmen, verlangt ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke.

Der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags hat eine öffentliche Anhörung zum Gesetzesentwurf zur Reform des Insolvenzrechts durchgeführt. Dazu erklärt Schwannecke: „Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass der geplante Schuldenschnitt von 75 Prozent für Privatpersonen nach nur drei Jahren Gläubigern mehr schadet als Schuldnern faktisch nutzt. Schuldner beginnen nach allen Erfahrungen erst nach drei Jahren, sich wirtschaftlich zu erholen und sind auch erst dann in der Lage, ihre Schulden zu tilgen. Es grenzt für Gläubiger deshalb fast an

Zynismus, das Restschuldbefreiungsverfahren nun auf die ersten drei fruchtlosen Jahre halbieren zu wollen.

Ein echter Neustart für Schuldner, wie ihn die Bundesregierung mit ihrem Gesetz ermöglichen möchte, wird dagegen allein wegen der fortlaufenden Schufa-Einträge und des anhaftenden Negativimages des Schuldners überwiegend eine Wunschvorstellung bleiben.

Keine positiven volkswirtschaftlichen Effekte zu erwarten

Ebenso wenig sind positive volkswirtschaftliche Effekte zu erwarten. Ganz im Gegenteil: Wenn künftig ein Schuldenschnitt früher zu erreichen ist als die Abzahlung eines durchschnittlichen Konsumkredits, wird das insbesondere Handwerker und Dienstleistungen treffen.

Die Bundesregierung und der Bundestag sollten angesichts der zweifelhaften Effekte eines Schuldenschnitts nach drei Jahren von der geplanten Reform Abstand nehmen. Ansonsten müssen insbesondere Handwerksbetriebe künftig mit einer weiteren Verschlechterung der ohnehin schon schwierigen Zahlungsmoral rechnen. Gerade in Zeiten einer sich abschwächenden Konjunktur tragen derartige Maßnahmen zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage bei kleinen Betrieben bei.“

Kleine Unternehmen profitieren kaum von Reformen!

Simon Koy, Wirtschaftswoche vom 29.01.13

Für eine neue Insolvenzkultur setzt sich die Britin Anne Koark ein. In ihrem Buch „Insolvent und trotzdem erfolgreich“ schreibt sie aus eigener Erfahrung mit Insolvenz. In der Wirtschaftswoche findet man ein interessantes Interview zu diesem Thema.

WirtschaftsWoche: Frau Koark, seit 1999 hat Deutschland in mehreren Etappen das Insolvenzrecht reformiert, zuletzt vor etwa zehn Monaten mit dem neuen Insolvenzgesetz (ESUG). Sind Sie zufrieden?

Koark: Nein. Es ist zwar einiges besser geworden, weil insolvente Unternehmer jetzt unter bestimmten Voraussetzungen ihren Betrieb in Eigenverwaltung in Ordnung bringen dürfen. Auch das Schutzschirmverfahren, das die Unternehmen vorübergehend vor den Ansprüchen der Gläubiger schützt, ist sinnvoll. Aber für die Masse der gescheiterten Unternehmer hat sich wenig geändert.

WW: Wieso?

Koark: Die Reformen der vergangenen Jahre hatten vornehmlich große

Fortsetzung des Interviews von Seite 9:

re Unternehmen im Blick. Mehr als 90 % der Insolvenzen betreffen aber Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten. Und mehr als die Hälfte aller Forderungssummen liegen unter 50.000 Euro.

WW: Die kleinen Unternehmen profitieren also nicht von den Reformen?

Koark: Kaum. Nehmen Sie zum Beispiel die für die nächste Reformstufe geplante Restschuldbefreiung nach drei statt bisher sechs Jahren. Diese frühe Entlassung aus der Insolvenz ist an die Bedingung geknüpft, dass für die Gläubiger eine Quote von 25 Prozent erreicht wird. Zusätzlich der Summen, die an den Insolvenzverwalter gehen, müsste der Schuldner bei einer Forderungssumme von 50.000 Euro über 28.000 Euro aufbringen. Das kann kaum ein insolventer Unternehmer.

WW: Aber drei Jahre sind doch extrem kurz. Vor 1999 blieben gefallene Unternehmer 30 Jahre lang im Schuldturm.

Koark: In anderen Ländern ist diese Frist noch kürzer. In meiner Heimat Großbritannien beträgt sie zum Beispiel nur 18 Monate. Vor allem: Die verkürzte Frist ist für die meisten Schuldner bloße Theorie. Es gibt viele Hürden.

WW: Welche?

Koark: Nehmen Sie meinen Fall. Ich habe Anfang 2003 Insolvenz anmelden müssen. Zwei große Kunden fielen nach den Anschlägen in New York 2001 aus, und ich saß auf langfristigen Mietverträgen. Mein Schufa-Eintrag ...

WW: ... der darauf hinweist, dass jemand einmal Liquiditätsprobleme hatte ...

Koark: ... ist aber erst vor wenigen Tagen gelöscht worden. Der Schufa-Eintrag ist eine Hürde bei jedem Handyvertrag, bei jeder Kontoeröffnung. Das hat so lange gedauert, weil die Restschuldbefreiung, die ich vor über drei Jahren erhielt, automatisch einen neuen Negativeintrag mit sich brachte.

WW: Schrecken solche Aussichten potenzielle Gründer ab?

Koark: Aber ja. Insolvenz ist ein Gründerthema. Von zehn Unternehmen, die Insolvenz anmelden, sind nur vier älter als acht Jahre. Deutschland ist zu Recht stolz auf seinen Mittelstand. Aber das Gründungsklima ist sehr negativ.

Termine

Was ist wann los in NRW?

April 2013

Samstag, 13.04.2013, 10:00 Uhr

Landeskonzferenz der AGSNRW

- Die Einberufung ist fristgerecht Mitte Januar 2013 durch das Landesbüro erfolgt. Dieser Termin dient daher nur der Erinnerung ...

CVJM, Graf-Adolf-Str. 102, 40210 Düsseldorf

Samstag, 20.04.2013, 11:00-15:00 Uhr

Gründungskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

- Die NRWSPD lädt herzlich zur Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt im SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen ein. Diese Einladung darf gerne an andere Interessierte weitergegeben werden.

Düsseldorf

Zweite Jahreshälfte 2013

Samstag/Sonntag, 17./18.08.2013

Deutschlandfest der SPD

Berlin

Sonntag, 01.09.2013

Sommerfest der NRWSPD

Oberhausen

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Anfang Mai 2013, Redaktionsschluss ist der **02.05.2013**. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden.

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise auf unserer Webseite:

➔ www.ags-in-nrw.de/termine.htm



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW